Niederschrift

Nr.: 02/18

über die Sitzung des Verwaltungsrates des Abwasserbetriebes Troisdorf,
Anstalt des öffentlichen Rechts

Sitzungstag Donnerstag, 12. Juli 2018

Sitzungsort Sitzungssaal „Troisdorf“ der Stadtwerke Troisdorf

Beginn 18:02 Uhr

Ende 19:23 Uhr

Anwesenheitsliste

Wende, Horst (Verwaltungsratsvorsitzender)
Jung, Horst-Peter (CDU)
Stocksiefen, Karl-Heinz (CDU)
Flämig, Georg (CDU)
Schaefers, Guido (SPD)
Göllner, Uwe (SPD)
Busch, Jürgen (SPD)
Thalman, Sebastian (FDP)

**als beratende Mitglieder
des Verwaltungsrates:** Müller, Hans-Leopold (Regenbogen Piraten)

als Gäste sind anwesend: Degenhardt, Jörg (Rödl & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft)
Wende, Jonas

es fehlen: Möws, Thomas (Bündnis 90/Die Grünen)

**für das Unternehmen
sind anwesend:** Vogt, Andrea
Jansen, Volker
Dr. André Baade
Fahnenstich, Petra

Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind durch Einladung vom 04. Juli 2018 form- und fristgerecht eingeladen worden.

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Verwaltungsratsmitglied Möws hat eine Stimmbotschaft vorgelegt.
Verwaltungsratsmitglied Göllner nimmt ab 19:07 (ab TOP 11.3) an der Sitzung teil.
Der Teilnahme von Herrn Jonas Wende an der Sitzung als Praktikant stimmen alle Verwaltungsratsmitglieder zu.

Herr Degenhardt verlässt die Sitzung nach TOP 6 um 18:35 Uhr.

Der öffentliche Teil der Sitzung beginnt um 18:02 Uhr und endet um 18:19 Uhr, der nicht-öffentliche Teil schließt sich um 18:20 Uhr an.

Öffentlicher Teil

TOP	Beratungsgegenstand	Seite
	Niederschrift	
1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15. März 2018 - öffentlicher Teil –	016
	Satzungen	
2	Änderung der Unternehmenssatzung des Abwasserbetriebes Troisdorf, AöR	017
3	Satzung zur Festlegung von Fristen für die Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen gemäß § 46 Abs. 2 Satz 1 LWG NRW im Bereich Oberstraße, Gronewaldstraße, Auf dem Kirvelberg, Kreuzbergstraße und Zum Siegblick	020
4	Mitteilungen/Anfragen	022

Niederschrift

016

Datum: 01. August 2018

Sitzungsdatum: 12. Juli 2018

Verwaltungsrat Abwasserbetrieb Troisdorf, AöR	öffentlich: X	nicht öffentlich:	TOP 1
--	------------------	-------------------	----------

Betr. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15. März 2018 - öffentlicher Teil -

Beschluss Der Verwaltungsrat genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 15. März 2018 - öffentlicher Teil.

ZUGESTIMMT X	ABGELEHNT	ZURÜCKGESTELLT	WEITERGELEITET	SCHRIFTFÜHRER PETRA FAHNENSTICH
JA-STIMMEN	NEIN-STIMMEN	EINSTIMMIG X	ENTHALTUNGEN 3	

Niederschrift

Datum: 01. August 2018

Sitzungsdatum:

12. Juli 2018

Verwaltungsrat	öffentlich:	nicht öffentlich:	TOP
Abwasserbetrieb Troisdorf, AöR	X		2

Betr.

Änderung der Unternehmenssatzung des Abwasserbetriebes Troisdorf, AöR
– hier: Übernahme der Aufgabe der Gewässerunterhaltung

Beschluss

Der Verwaltungsrat stimmt der Satzungsänderung zu.

ZUGESTIMMT	ABGELEHNT	ZURÜCKGESTELLT	WEITERGELEITET	SCHRIFTFÜHRER
X				PETRA FAHNENSTICH
JA-STIMMEN	NEIN-STIMMEN	EINSTIMMIG	ENTHALTUNGEN	
		X		

Erläuterungen:

Herr Thalmann erkundigt sich, wann mit einer Genehmigung der Satzungsänderung zu rechnen sei.

Herr Wende erklärt, dass die Kommunalaufsicht Kenntnis von der Satzungsänderung genommen habe, die Zustimmung der Bezirksregierung stehe noch aus. Von dort habe man weitere Unterlagen angefordert, welche seitens der Stadt vorgelegt worden seien, so dass man jetzt nur abwarten könne.

Herr Busch bittet namens Herrn Göllner darum, der Abwasserbetrieb möge die Sitzungsgelder für die Jahre 2014 – 2018 doch bitte an die KinderStiftung Troisdorf überweisen.

Herr Thalmann ergänzt, dass nach seiner Auffassung alle Mitglieder des Gremiums dann einen Anspruch auf Zahlung der Sitzungsgelder hätten. Er schließe sich daher der Bitte von Herrn Göllner an, sofern eine Auszahlung erfolge.

Frau Vogt erläutert ihre diesbezügliche Auffassung, dass seitens des Abwasserbetriebes aufgrund der historischen Entwicklung keine Sitzungsgelder zu zahlen seien, sagt aber zu, diesen Punkt noch einmal prüfen zu lassen und eine Klärung herbeizuführen.

Zur Niederschrift:

*§ 6 Abs. 5 der Satzung des Abwasserbetriebs Troisdorf, AöR regelt, dass die Mitglieder des Verwaltungsrates eine angemessene Entschädigung für die Teilnahme an den Sitzungen erhalten (Hervorhebung durch den Verfasser), deren Höhe sich nach den für Mitglieder des Rates der Stadt Troisdorf geltenden Bestimmungen bemisst. Zunächst ist die Höhe einer Vergütung für die Verwaltungsratsmitglieder anhand des Verweises in der Satzung zu ermitteln. Hier bestimmt § 11 der Hauptsatzung der Stadt Troisdorf, dass die Mitglieder des Rates eine Aufwandsentschädigung in Form eines monatlichen **Pauschalbetrages** nach Maßgabe der Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse (Entschädigungsverordnung) erhalten. Gemäß § 1 Abs. 2 Ziffer 1 Buchstaben a) cc) der Entschädigungsverordnung beträgt die monatliche Pauschale 400,00 Euro.*

Zu berücksichtigen ist an dieser Stelle zum einen, dass die Ratsmitglieder in der Regel in mehreren Gremien tätig sind, so dass die Aufwandsentschädigung eine deutliche höhere Anzahl von Sitzungsteilnehmern abdeckt, als dies bei der Teilnahme an den Sitzungen des Verwaltungsrates der Fall ist. Zum anderen erschöpft sich die Arbeit der Ratsmitglieder nicht in der Teilnahme an Sitzungen, vielmehr setzt sich diese z.B. als Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger fort. Zudem stellt die Satzung des ABT ausschließlich auf die Teilnahme an den Sitzungen und nicht auf die reine Mitgliedschaft im Verwaltungsrat ab.

Erläuterungen:

Insofern ist die Satzung so auszulegen, dass bei der Berechnung der Vergütung für die Verwaltungsratsmitglieder auf die gleichfalls in der Entschädigungsverordnung vorgesehenen Sitzungsgelder zurückzugreifen ist.

Diese belaufen sich entweder gem. § 1 Abs. 2 Ziffer 1 Buchstaben b) cc) auf 20,30 Euro pro Sitzung, allerdings in Verbindung mit einer monatlichen Pauschale. Oder die Höhe der Entschädigung orientiert sich an der eines sachkundigen Bürgers gem. § 2 Ziffer 1 c), welche 31,00 Euro pro Sitzung beträgt.

Unter Berücksichtigung der obigen Ausführungen erscheint eine Entschädigung der Verwaltungsratsmitglieder pro Sitzung in Höhe von 31,00 Euro angemessen worüber ggf. vom Verwaltungsrat zu entscheiden wäre.

Überschlägig ergäbe sich dann für den von Herrn Göllner angesprochenen Zeitraum, in welchem 13 Sitzungen stattgefunden haben, ein Entschädigungsbetrag in Höhe von insgesamt 4.433,- Euro für alle 11 Mitglieder des Verwaltungsrates.

Fraglich ist aber, ob eine Zahlung der Vergütung für die Vergangenheit, hier der letzten vier Jahre, eingefordert werden kann. In der bisherigen Praxis hat der Abwasserbetrieb weder eine Entschädigung gezahlt, noch haben die Mitglieder des Verwaltungsrates eine Zahlung angefordert. Ebenso wenig hat sich der Verwaltungsrat bislang mit der Frage beschäftigt, wie hoch die Vergütung (wie oben aufgezeigt) ausfallen soll. Die bisherige Praxis und das Verhalten der Verwaltungsratsmitglieder ist daher so zu deuten, dass bislang auf eine Vergütung verzichtet wurde. Mit der Forderung der Zahlung einer Sitzungsentschädigung durch die Herren Göllner und Thalmann ist dieser Verzicht aufgekündigt worden, so dass der Abwasserbetrieb Entschädigungszahlungen ab der März Sitzung des Jahres 2018 zu leisten hat. Eine rückwirkende Zahlung kommt aus Sicht des Vorstandes nicht in Betracht, da die oben genannte Übereinkunft nicht für die Vergangenheit aufgehoben werden kann.

Mit Inkrafttreten der geänderten Unternehmenssatzung besteht – aufgrund der Streichung des § 6 Abs. 5 – dann kein Anspruch auf Entschädigungszahlungen mehr.

Niederschrift

Datum: 01. August 2018

Sitzungsdatum: 12. Juli 2018
--

Verwaltungsrat Abwasserbetrieb Troisdorf, AöR	öffentlich:	nicht öffentlich:	TOP
	X		3

Betr.
Satzung zur Festlegung von Fristen für die Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen gemäß § 46 Abs. 2 Satz 1 LWG NRW im Bereich Oberstraße, Gronewaldstraße, Auf dem Kirvelberg, Kreuzbergstraße und Zum Siegblick

Beschluss
Der Verwaltungsrat beschließt die als Anlage beigefügte Satzung.

ZUGESTIMMT	ABGELEHNT	ZURÜCKGESTELLT	WEITERGELEITET	SCHRIFTFÜHRER
X				PETRA FAHNENSTICH
JA-STIMMEN	NEIN-STIMMEN	EINSTIMMIG	ENTHALTUNGEN	
	1			

Erläuterungen:

Herr Busch merkt an, dass die Landesregierung diesbezüglich eine Gesetzesänderung angekündigt habe.

Dies bejaht Herr Jansen unter Hinweis auf den Koalitionsvertrag. Ob und gegebenenfalls wann eine Änderung tatsächlich erfolge, sei zurzeit nicht absehbar. Im Falle einer Umsetzung würde nach seiner Meinung wohl eine Übergangsregelung hinsichtlich neuer und alter Rechtslage vorgesehen.

Es handle sich allerdings um gute und geübte Praxis des Abwasserbetriebes, die eigenen Sanierungen mit solchen Fristansetzungen zu verbinden.

Herr Thalmann ist der Auffassung, die Frist sei mit dem 31.12.2018 doch recht kurz bemessen.

Herr Jansen erwidert, dass die Frist daraus resultiere, dass der Abwasserbetrieb nunmehr mit seiner Maßnahme anfange und die Erfahrungen in der Vergangenheit gezeigt hätten, dass sich längere Fristen in der Abwicklung nicht bewährt hätten, da sie in Vergessenheit geraten. In begründeten Einzelfällen werde man aber sicherlich individuelle Lösungen mit den einzelnen Bürgern finden.

Nach Beschlussfassung durch den Verwaltungsrat werde der Abwasserbetrieb die betroffenen Eigentümer anschreiben.

TOP 4 Mitteilungen/Anfragen

022

Keine.